

Missouri: Christlicher Politiker will gezielt diskriminieren

Weil Bibel und Koran "zwischen Homosexualität und dem Menschsein" unterscheiden würden, sei es nicht notwendig, Schwule und Lesben vor Diskriminierung zu schützen.

Rick Brattin, ein republikanischer Abgeordneter im Repräsentantenhaus von Missouri, hat mit einer homophoben Rede für Aufregung gesorgt. Am Montag sagte er bei einer Parlamentsdebatte über die Einführung eines Gesetzes, das Homo- und Transsexuelle vor Diskriminierung am Arbeitsplatz schützt: "Wenn Sie sich Grundsätze der Religion – der Bibel oder des Koran oder von anderen Religionen – ansehen, gibt es eine Unterscheidung zwischen Homosexualität und dem blossen Menschsein." Anschliessend scheiterte der Gesetzesantrag zum Diskriminierungsschutz.



An Brattins Äusserung gab es scharfe Kritik: Die Regionalzeitung "The Kansas City Star" nannte die Aussagen "bedauerlich" und warf dem Abgeordneten vor, die US-Verfassung nicht zu verstehen. Darin sei auch der Schutz von Menschen vor Religion festgeschrieben.

Einige Aktivisten verlangten, dass das Parlament dem Politiker einen Tadel aussprechen sollte. Das gilt allerdings als unwahrscheinlich, da seine republikanische Partei im Repräsentantenhaus über mehr als zwei Drittel der Sitze verfügt – und mehrere seiner Parteifreunde die Meinung Brattins zu Homosexualität teilen.

Bislang wollte sich Brattin nicht weiter zu seiner Aussage äussern. Er liess Anfragen von Journalisten unbeantwortet.

Der erst 36 Jahre alte Bratin ist bereits seit 2010 Mitglied des Repräsentantenhauses. Seinen konservativen Wahlkreis im Speckgürtel von Kansas City konnte erst im vergangenen Jahr mit 63 Prozent der Stimmen gegen seine demokratische Herausfordererin gewinnen.

Bereits in der Vergangenheit hatte Brattin mit ultrakonservativen Initiativen auf sich aufmerksam gemacht. So war er Mitautor eines Gesetzentwurfes, der vorsah, an Schulen die Schöpfungslehre gleichberechtigt mit der Evolutionstheorie zu unterrichten. Er tat sich auch als erbitterter Abtreibungsgegner hervor: So wollte er Schwangerschaftsabbrüche verbieten lassen, wenn der Vater nicht zustimmt; einzige Ausnahmen sollten Inzest und "legitime Vergewaltigungen" sein. "Legitim" seien nur Vergewaltigungen, die die Frauen der Polizei meldeten und die sie beweisen könnten, sagte er 2014.